

BLICKWINKEL

Politisches Magazin über Aufbruch und Bewahren

Erstausgabe · Winter 2018/19 · AfD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen



Ausgeglichener Haushalt 2019

Dieser Haushalt ist eine Mogelpackung
ab Seite 20

Tagebau Hambach

Die Erosion der Rechtssicherheit
ab Seite 12

Aufgedeckt in NRW

Geschönte Statistik oder Steuergeldverschwendung?
ab Seite 26

JETZT SCHLÄGT'S DREIZEHN!

Sicher hat jeder diesen Ausspruch schon einmal gehört.

Wenn es dreizehn schlägt, dann ist „die Uhr abgelaufen“, dann ist Schluss, dann reicht es, dann ist das Maß voll, dann gilt es, aktiv zu werden. Wenn man etwas lange erduldet hat in der Hoffnung auf Verbesserung, gibt es den einen Punkt, an dem die Entscheidung fällt, dass man eingreifen muss.

Da passt es doch gut, dass es dreizehn AfD-Abgeordnete sind, die im Landtag Nordrhein-Westfalen in das politische Geschehen eingreifen. Sie alle sind aufgrund der vielen politischen Fehlentscheidungen und Versäumnisse der letzten Jahre aktiv geworden. Und so stellen sie sich einer politischen Klasse entgegen, die die Interessen ihrer Bürger offenbar völlig aus den Augen verloren hat, die nur noch ihren teilweise absurden Ideologien folgt. Kompetent, klar und deutlich – und selbstverständlich ganz demokratisch.

Von unten nach oben, von links nach rechts:
Markus Wagner (Fraktionsvorsitzender),
Andreas Keith (Parlamentarischer Geschäftsführer),
Gabriele Walger-Demolsky (stellv. Fraktionsvorsitzende),
Helmut Seifen (stellv. Fraktionsvorsitzender),
Sven Tritschler (stellv. Fraktionsvorsitzender),
Roger Beckamp; Herbert Strotebeck, Christian Loose,
Nic Vogel; Thomas Röckemann, Dr. Christian Blex,
Iris Dworeck-Danielowski, Dr. Martin Vincentz



Editorial



MARKUS WAGNER, MDL,
FRAKTIONS-VORSITZENDER

Zeitenwende, das ist es, liebe Leser, was wir in diesen Tagen – und auch noch in den nächsten Jahren erleben.

Und wir, die Alternative für Deutschland, sind gleichzeitig ihr Ausdruck als auch ihr Beschleuniger. Wir sind es, die die Verhältnisse zum Tanzen bringen, um an dieser Stelle einmal Karl Marx, den Säulenheiligen der Linken, zu zitieren.

Zum Zeitpunkt meines Editorials hatte Angela Merkel gerade ihren Rücktritt vom Amt der CDU-Bundvorsitzenden angekündigt. Es ist klar: auch ihre Kanzlerschaft neigt sich dem verdienten Ende. Ein erstes Etappenziel ist erreicht, jetzt heißt es: nicht nachlassen! Vergessen wir nicht, wie Merkel diesen Schaden für unser Land anrichten konnte. Sie war umgeben von Helfershelfern. Nicht eine(r) aus der CDU fiel ihr seit dem September 2015 in den Arm – alle machten mit. Erst jetzt, wo wir als AfD die Union in den Umfragen auf 24 Prozent gedrückt haben, da kommt die Angst. Die Angst um Mandate, Diäten, Dienstwagen, die Angst um den Verlust der Macht und Deutungshoheit. Wir sollten uns das merken.

Zum Zeitpunkt meines Artikels ist noch nicht klar, wer Angela Merkel nachfolgen wird. Gut möglich aber, dass es ein paar kosmetische Änderungen geben wird, dass die regierungnahe Presse so tun wird, als sei die Union jetzt konservativer. Aber die alten Parteien und Medien täuschen sich, wenn sie glauben, uns mit diesem durchschaubaren Manöver schaden zu können. So wie sie sich in den fünf Jahren seit unserer Gründung getäuscht haben. Fünf Jahre einer einzigartigen Erfolgsgeschichte, in der uns die Bürger in alle Landtage und in den Bundestag getragen haben. Fünf Jahre, in denen wir alle miteinander im Feuer stehen. In denen wir gegen Medien, Antifa und Zeitgeist gekämpft und bestanden haben. Wenn wir jetzt weiter ruhig, klug und konzentriert arbeiten, dann werden auch

die nächsten fünf Jahre von Erfolgen gekrönt sein. Auf diesem Weg gilt es, wie schon bisher, klug und überzeugend zu handeln. Sollte die untergehende politische Klasse tatsächlich unrechtmäßig den Verfassungsschutz auf uns ansetzen, werden wir natürlich klagen und gewinnen. Trotzdem verbindet uns das nicht davon, in unserem „gärigen Haufen“ für Anstand und Ordnung zu sorgen.

Es ist doch klar, dass bei knapp 35.000 Mitgliedern, die neu zusammengefunden haben, auch ab und zu mal eines dabei ist, das sich in der Partei geirrt hat. Und anders als die Grünen, die sich in ihren ersten Dekaden mit Pädophilen, Linksextremisten und Chaoten umgaben (wo war da eigentlich der Verfassungsschutz?!), werden wir das natürlich gemeinsam in den Griff bekommen, denn die übergroße Mehrheit unserer Mitglieder – und ich kenne so viele von ihnen – sind überzeugte Demokraten, die unser Land nach vorne bringen wollen. Menschen, die in ihrer freien Zeit neben Familie und Beruf ihrer Berufung folgen: Sie dienen Deutschland!

Und genau das bilden wir auch im Landtag von Nordrhein-Westfalen ab. Mit unseren vielfältigen Gesetzesinitiativen, Anträgen und Anfragen halten wir dagegen, wo die alten Parteien unser Deutschland, so wie wir es kennen und lieben, immer noch ein Stückchen mehr abschaffen wollen. Wir tragen die Zeitenwende auch in den Düsseldorfer Landtag! Schon jetzt, nach etwas mehr als einem Jahr, haben wir unsere Zustimmungswerte in NRW von 7 auf 13 Prozent verbessern können. Und mit Ihnen zusammen schaffen wir auch noch mehr. Darauf freue ich mich.

Markus Wagner

INHALT

Winter 2018/19

THEMEN

- Editorial** S. 3
- AUFBRUCH
Steigende Mieten
Fehlende Wohnungen S. 6–7
- Marode Sportstätten im Fokus** S. 7
- Sami A.**
Eine Chronologie des Staatsversagens S. 8
- AUFBRUCH
Kirchenasyl
Antiquiertes Relikt vergangener Tage? S. 9
- Von Isländern lernen**
Veränderungen wollen S. 10
- Das Kooperationsverbot** muss weichen,
damit die Digitalisierungsstrategie gelingt S. 11



Porträt Markus Wagner



Ausgeglichener Haushalt 2019

TITELTHEMA

Tagebau Hambach
Die Erosion der Rechtssicherheit S. 12–13



Hausbesuch – Wer wir sind
Porträt Markus Wagner S. 14–16

Solarstraßen
Innovation im Straßenbau S. 17

Unsinnige Diesel-Fahrverbote
gefährden unsere Wirtschaft S. 18

Afrikanische Schweinepest
vor der Haustür S. 19

AUFBRUCH
Straßenbaubeiträge
Ein Ärgernis für jeden Grundstückbesitzer S. 19

Ausgeglichener Haushalt 2019
Dieser Haushalt ist eine Mogelpackung S. 20–21

Mit Alice Weidel auf der Gamescom
S. 21

SCHÖNE ECKE IN NRW

BEWAHREN
Schöne Ecke in NRW
In dieser Ausgabe: Linn (Krefeld) S. 22–23



Schöne Ecke in NRW – Linn (Krefeld)

INTERNATIONALES

Südafrika
Weiße Farmer bedroht S. 24

5 vor 12
Migrationspakt stoppen S. 25



Südafrika

AUFGEDECKT IN NRW

Geschönte Statistik
oder Steuergeldverschwendung? S. 26–27



Aufgedeckt in NRW

NATIONALES

Merkels „Hetzjagd“
auf die Demokratie S. 28–29

KURZ NOTIERT

Kurznotizen S. 29–31

Comic
Die ruhmlosen Fünf S. 32–33

Kommentar
von Helmut Seifen, MdL S. 34

STEIGENDE MIETEN

FEHLENDE WOHNUNGEN

Wohnungsmärkte

unbekannte und unberechenbare Wesen

Eine Wohnung braucht jeder. Sie ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge für die Menschen hier im Lande und überall. Die Wünsche und Möglichkeiten sind dabei sehr unterschiedlich: Eigenheim oder Mietwohnung, der eine liebt Neubau, der andere Altbau, der eine lebt gern in Stadtnähe, der andere bevorzugt das Leben auf dem Land. Im Idealzustand findet jeder seine passende Wohnung – die gibt es leider nur selten oder nie.

Veränderte Bedingungen

auf dem Wohnungsmarkt

Blicken wir gut zehn Jahre zurück, galt für Deutschland und NRW: Es ist ausreichend gebaut, die Wohnungsfrage gelöst. „Im Land herrscht keine Wohnungsnot, sozial Schwache können preiswerten Wohnraum finden und tausende Wohnungen stehen leer.“ (Pressemitteilung des Verkehrsministeriums NRW, 24.11.2005) Folgen waren z. B. eine schrittweise Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau bis 2010 sowie die Privatisierung der landeseigenen Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und kommunaler Wohnungsbaugesellschaften. Heute gilt das genaue Gegenteil: Es herrscht Wohnungsnot bei steigenden Mieten, sozial Schwache konkurrieren um immer weniger preiswerten Wohnraum und preiswerte freie Wohnungen sind höchstens noch im ländlichen Raum zu finden.

JULIAN, AZUBI (22)

Meine Wohnung in Köln habe ich **nur durch „Connections“** bekommen, weil jemand einen kannte, der jemanden kannte. Die Massen-Wohnungsbesichtigungen mit über 40 Leuten im Vorfeld waren erfolglos.

Aus gesundheitlichen Gründen musste ich meine Wohnung im 4. Stock eines Hauses ohne Fahrstuhl verlassen. **Mittlerweile bin ich Mieterin einer teuren Wohnung** in einem Senioren-Gebäudekomplex, der mir pauschale Serviceleistungen berechnet, die ich gar nicht nutze. Ohne meine relativ gute Rente müsste ich mit Hilfe des Sozialamtes ins Heim – und das will ich nicht!

HILDEGARD, RENTNERIN (84)

SANDRA, ANGESTELLTE (31)

Ich habe einen 7-jährigen Sohn und bin alleinerziehend. Eine Wohnung in zentraler Lage in der Nähe der Grundschule können wir uns einfach nicht leisten. Darüber hinaus war es schwer, mit Kind die Hausverwaltung davon zu überzeugen, eine gute Wahl für die Vermietung zu sein – das wird einem natürlich nicht so gesagt. **Wir wohnen jetzt weit außerhalb.**

Migration

Die Mutter aller Probleme?

Was ist passiert? In den Jahren 2008 und 2009 hatte NRW noch eine negative Wanderungsbilanz von fast 50.000 Personen, die dann langsam und mit der Flüchtlingszuwanderung in den letzten Jahren zu einem deutlichen Bevölkerungswachstum (über 600.000 Menschen von 2010 bis 2017) und entsprechender Nachfrage nach Wohnraum geführt hat – insbesondere in vielen Großstädten. Allein mit der Gruppe der Antragsteller Asyl sind ab 2014 bis heute fast 380.000 Personen nach NRW gekommen. Dies führte zum sprichwörtlichen Überlaufen eines Fasses. Die Flüchtlingszuwanderung ist also nicht alleinige Ursache des aktuellen Wohnungsmarktproblems, jedoch ein zentraler Problemverschärfer.

Kostentreiber

ohne Ende

Nordrhein-Westfalen gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Grunderwerbssteuer. Die Grundsteuern kennen seit Jahren nur eine Richtung: nach oben. Gleiches gilt für die Auflagen beim Bauen und entsprechend steigen die Kosten für Bauland, Bauunternehmen oder auch Handwerker. Preiswertes Bauen für bezahlbaren Wohnraum: Wunschträume realitätsferner Politik bzw. mit dirigistischen Lösungen wie der Mietpreisbremse à la SPD! Wir würden dagegen, wie schon im Landeswahlprogramm 2017 gefordert, umgehend eine Senkung der Grunderwerbssteuer, Entlastungen von Familien bei der Grundsteuer und eine Abkehr von überzogenen Dämmvorschriften umsetzen.

Angebot im sozialen Wohnungsbau schrumpft Mieten steigen

Seit Jahrzehnten findet ein drastischer Rückgang des Bestands an Sozialwohnungen statt. Gab es in den 70ern noch über 1,3 Millionen Sozialwohnungen in NRW, so ist ihre Zahl in den letzten Jahren auf unter 500.000 gesunken (2017: 460.700 Sozialwohnungen) und wird bis 2030 um noch ein Drittel sinken. Mit dem Wegfall der Mietpreisbindung bei den ehemaligen Sozialwohnungen ist auch der aktuelle Mietpreisanstieg im unteren Wohnungsmarktsegment nicht überraschend. Dementsprechend liegen Wohnungen des unteren und des öffentlich geförderten Mietpreissegmentes in einem von der NRW.BANK als angespannt bewerteten Bereich. Einkommensschwache Personen drängen sowohl auf den preiswerten privaten Wohnungsmarkt als auch auf den schrumpfenden Restbereich der Sozialraumwohnungen. So gilt auch für NRW, dass „die derzeit hohe Bautätigkeit noch weit unter dem eigentlichen Bedarf liegt“. Auch der Zubau an neuen Sozialwohnungen kann den Wegfall preisgebundener Wohnungen nicht kompensieren (Quelle: Publikationen der NRW.Bank).

Die Verdrängungseffekte auf dem Wohnungsmarkt durch Zuwanderung, vor allem im sozial geförderten Bereich, werden zunehmen und sind weder schnell noch günstig zu lösen. Denn auch hier macht sich die verfehlte Politik der letzten Jahre deutlich bemerkbar. Dies ist kein reines Bauthema, sondern ein substantielles soziales Problem, das unsere Gesellschaft noch lange auf sehr vielen Ebenen beschäftigen wird.

ROGER BECKAMP,
MITGLIED DES LANDTAGS

teninfrastruktur und die Berechnung des Städte- und Gemeindebundes über fehlende Investitionen in die Sportinfrastruktur belegen. Es fehlen laut Städte- und Gemeindebund 31 Mrd. für die Sanierung der Sportstätten bundesweit. Dabei darf die Zweckentfremdung der Sporthallen in der Migrationskrise nicht unbe-

MARODE SPORTSTÄTTEN IM FOKUS

Die AfD-Fraktion weist seit ihrem Bestehen auf den besorgniserregenden Zustand nordrhein-westfälischer Sportstätten hin. Besonders mit Blick auf die kommenden Großereignisse 2019, wie die Handball-WM in Köln, die Rodel-WM in Winterberg, den Judo Grand Slam in Düsseldorf, die Ruhr Games in Duisburg und die Baseball-EM in Bonn, werden einige sportliche Highlights geboten, die nicht gerade von einer üppig ausgestatteten und funktionalen Infrastruktur getragen werden. Natürlich sind die großen Stadien im Vergleich zu anderen Ländern auf einem guten Niveau. Um dieses gute Niveau allerdings auch auf den Platz bringen zu können, benötigt es gut geförderten Nachwuchs. Dieser Nachwuchs kann nur mit gut ausgestatteten Sporthallen und Sportplätzen im Breiten- und Leistungssport ausgebildet werden. Es fehlen also Trainingsstätten in gutem Zustand.

Die Sanierung der Sportstätten wurde in den letzten Jahrzehnten stiefmütterlich behandelt, was auch schon eine Studie der Universität Wuppertal von 2016 zur Sportstät-

achtet bleiben, da besonders Sporthallen für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt worden sind.

Schon im Mai 2018 hatte die AfD-Fraktion NRW einen Antrag auf Bericht zu den maroden Sportstätten im Sportausschuss angefordert. Dort hieß es, dass die Landesregierung die Probleme erkannt hat und man sich dem Thema annehmen würde. Bis heute Fehlanzeige. Lediglich ein Radiobericht von WDR 5 bringt langsam Licht ins Dunkel: Dort spricht Staatssekretärin Milz von einer erheblichen Summe, die in NRWs Sportstätten fließen soll. Genaueres soll in der zweiten Aussprache zum Haushalt im Plenum folgen. Wir sind gespannt.

Halten wir vorerst fest: AfD wirkt!

ANDREAS KEITH,
MITGLIED DES LANDTAGS,
PARLAMENTARISCHER
GESCHÄFTSFÜHRER

SAMI A.

Eine Chronologie des Staatsversagens

Der Landtag NRW beschäftigte sich im Sommer mit der Abschiebung des Salafisten Sami A., der 1997 als Student nach Deutschland kam. Später hielt er sich vorübergehend in Afghanistan auf und war Leibwächter des Terroristen Osama bin Laden.

Bereits 2006 sollte er aus Deutschland abgeschoben werden. Offenbar gefiel es ihm in Deutschland inzwischen so gut, dass er der Ausweisungsverfügung nicht Folge leisten wollte und mehrfach die Gerichte beschäftigte. Letztendlich erhielt er 2015 die Ausweisungsverfügung, welche auch gerichtlich erneut bestätigt wurde. Trotzdem wurde er nicht abgeschoben, wie so viele seines Kalibers.

Sami A. bezog Asylbewerberleistungen in Höhe von 1.167,84 € monatlich. Erst durch die mediale Aufmerksamkeit über den ehemaligen Leibwächter Osama bin Ladens, ausgelöst durch eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, handelte die Landesregierung.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen informierte sich bei der Ausländerbehörde über den Abschiebetermin. Laut Behörde war am 12.07.2018 keine Abschiebung vorgesehen. Das VG wurde noch am selben Tag tätig und erließ ein Abschiebeverbot, welches erst am folgenden Tag von der Geschäftsstelle weitergeleitet wurde. Das war definitiv zu spät: Am Morgen des 13.07.2018 wurde Sami A. mit einer Chartermaschine nach Tunesien verbracht.

Ende gut, alles gut? Ich denke nicht.
Es bleiben Fragen offen:

1. Was ist das nur für eine Verfahrensweise, wenn ein Verwaltungsgericht bei einer Behörde anfragt, wann diese gedenkt tätig zu werden, um dann möglicherweise selbst in Aktion zu treten? Ich habe hier erhebliche Bedenken mit Hinblick auf die Gewaltenteilung gemäß Art. 20 Abs. 3 GG.



2. Wie kann es sein, dass die Geschäftsstelle eines Verwaltungsgerichts in Eilfällen nicht mehr besetzt ist, fehlt es etwa an Personal?

Konkrete Antworten auf diese Fragen gab es keine. Die Präsidentin des OVG Münster, in Personalunion auch Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes NRW, äußerte sich dahingehend, dass sie Richtern rät, sich nach den jüngsten Erfahrungen nicht mehr auf Zusagen von Behörden zu verlassen, da dem Gericht Informationen vorenthalten wurden. Soweit zur Gewaltenteilung und der zeitlichen Entfernung zum ersten Semester, in dem Staatsrecht gelehrt wird.

Rot-Grün kündigte einen Untersuchungsausschuss an. Dass es letztendlich nicht dazu kam, ist vermutlich der Tatsache geschuldet, dass die Schlampereien infolge jahrzehntelanger Misswirtschaft, auch auf dem Gebiet der Justiz, mit von ihnen zu vertreten sind. Da macht ein Untersuchungsausschuss natürlich wenig Freude.

Wir bleiben am Ball und halten den Finger weiter in die Wunde.

THOMAS RÖCKEMANN, MITGLIED DES LANDTAGS

KIRCHENASYL

ANTIQUIERTES RELIKT VERGANGENER TAGE?

Der Begriff ‚asylon‘ beschrieb einst das Verbot, Personen von einem Tempel wegzuführen. Beim Tempelasyl genoss jeder Verfolgte, der sich am heiligen Ort aufhielt, Schutz.

Ab der Aufklärung wurde das Kirchenasyl als Behinderung der staatlichen Rechtspflege wahrgenommen und es wurde bis zum 19. Jh. von allen europäischen Staaten aufgehoben. Beim heutigen Kirchenasyl in Deutschland geht es zu 90% darum, Dublin-III-Rücküberstellungen durch Fristverstreichung zu verhindern. 2017 gab es in dieser Hinsicht bundesweit 691 ‚erfolgreiche‘ Fälle.

In jedem 2. Fall erfüllen die Kirchengemeinden nicht die Vorgaben

Als Grundlage wird die Vereinbarung zwischen der evangelischen bzw. katholischen Kirche und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) herangezogen. Die Vorlage eines Dossiers für eine erneute Einzelfallprüfung durch das BAMF ist verbindlich vorgesehen. Diese Regelung wird derzeit allerdings in etwa jedem zweiten Fall von den Kirchengemeinden missachtet.

Laut NRW-Justizminister Peter Biesenbach gehört das Kirchenasyl zu Deutschland – eine gewagte These für einen Justizminister!

Anders sieht das der Präsident des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts. Er beklagte wenige Tage vor dieser Äußerung des Justizministers am 09.03.2018, dass die Kirchen eine höhere Moral für sich beanspruchen und staatliche Organe rechtswidrig behindern. Gerichtsfristen werden demnach gezielt unterlaufen, um Asylbewerber vor einer Abschiebung zu schützen. In einem aktuellen Urteil des OLG München vom 03.05.2018 heißt es u. a.: „Kirchenasyl ist kein in der geltenden Rechtsordnung anerkanntes Recht. Die Grundrechte werden durch den Staat garantiert. Wird durch die Gewährung oder Inanspruchnahme von Kirchenasyl gegen geltende Gesetze verstoßen, so handelt es sich tatbestandsmäßig



also um eine bewusste und gewollte, mindestens billigend in Kauf genommene Gesetzesverletzung, also um Unrecht.“ Gemäß Dublin-III-Verordnung ist der EU-Ersteintritsstaat für die Prüfung des Asylantrags zuständig. Die Umsetzung bestehenden Rechts, die Rücküberstellung in den zuständigen Staat, wird durch das Kirchenasyl verhindert. Dublin-III-Rücküberstellungen erfolgen in der Regel in EU-Länder, was nicht als unzumutbare Härte gewertet werden kann.

Am Ende muss das rechtsstaatliche Urteil Gültigkeit haben

Verwaltungsentscheidungen, also auch Asylbescheide und gegebenenfalls daraus folgende Abschiebungen, unterliegen der Kontrolle durch Widerspruchsverfahren, gerichtliche Überprüfungen in mehreren Instanzen und ganz zuletzt sogar noch der Möglichkeit der Anrufung der Härtefallkommission oder des Petitionsausschusses. Auf dem gesamten Weg kann sich die Kirche einmischen und unterstützen, aber am Ende muss dann die Akzeptanz des Urteils unseres Rechtsstaats stehen. Wäre dies nicht der Fall, wäre es eine Bankrotterklärung der staatlichen Ordnung – und als solche ist aus unserer Sicht die Zulassung des Kirchenasyls zu bewerten. Das Kirchenasyl gehört als antiquiertes Relikt vergangener Zeiten – Zeiten ohne Aufklärung, Säkularisierung und Rechtsstaat – abgeschafft.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY,
MITGLIED DES LANDTAGS, STELV. FRAKTIONSVORSITZENDE



gen müssen, wo Erzieher versuchen, der Verwahrlosung in vielen Familien entgegenzuwirken, wo gesunde, verhaltensauffällige und behinderte Kinder gemeinsam spielen sollen – da wird die „frühkindliche Bildung“ schnell zum Stresstest für die zarte Kinderseele. Ohne sich des eigenen Ichs bewusst zu sein, müssen die Kleinen sich in einer völlig überfrachteten Umgebung behaupten. Auch in Island ist die frühe Ganztagsbetreuung der Kinder Normalität – es herrscht Arbeitnehmerknappheit und die Beschäftigungsquote von Frauen liegt bei 84%. Hier ist die ‚Frühschule‘ fast eine pragmatische Notwendigkeit. Die Kindergärten und Sportvereine strahlen allerdings Ruhe und Gemeinschaft aus, wie ich sie hier in Deutschland schon lange nicht mehr erlebt habe. Die isländische Politik und die Gesellschaft sehen in ihrem Nachwuchs die kostbarste Ressource.

Deshalb wird viel in Bildung, Breitensport und Jugendarbeit investiert. Kinder müssen schwimmen lernen. Der Schwimmunterricht findet wöchentlich neben dem regulären Sportunterricht statt. Am Nachmittag nutzen

VON ISLÄNDERN LERNEN VERÄNDERUNGEN WOLLEN

Sicher ist Ihnen die diesjährige Fußballweltmeisterschaft noch gut in Erinnerung. Vielen Fußballfans wurde aufgrund der Politisierung des Sports der Spaß an den ohnehin mäßigen Leistungen der ‚Mannschaft‘ genommen. Dafür blickte man begeistert und wehmütig auf die isländische Nationalmannschaft: Spieler, die ihrem Herkunftsland eindeutig zuzuordnen waren, und Fans, die vor Stolz auf ihre Identität strotzten. Dieses Land habe ich mit dem Blick auf Kinder- und Jugendarbeit sowie frühkindliche und schulische Bildung besucht. Für mich war folgende Frage besonders spannend: Wie unterscheidet sich das Gemeinwesen in einem Kindergarten oder einer Schule, wenn die Gemeinschaft weitestgehend homogen ist?

In der Tat: Die besuchten Einrichtungen haben gezeigt, dass die Gemeinschaft viel selbstverständlicher funktioniert. Die Programmatik der AfD sieht die Ganztagsbetreuung der Kinder (insbesondere unter 3 Jahren) kritisch. In Kitas, die häufig 20 Nationalitäten und mehr unter einen Hut brin-

fast alle Kinder eines der von der Kommune geförderten Breitensportprogramme. Hierzulande leiden immer mehr Kinder an Übergewicht, andere können weder Rad fahren noch schwimmen. Die Zahlen sind bekannt – aber einer in ihre Individuen atomisierten Gesellschaft, die sich nicht als Volksgemeinschaft verstehen will und mittlerweile auch kaum noch als solche zu erkennen ist, fällt es schwer, einen Gemeinsinn zu erzeugen. Es fehlt an Verantwortungsgefühl und einem gemeinsamen Willen aller Beteiligten, gegenzusteuern und etwas zu verändern.

Von Isländern lernen heißt vor allem: Man muss Veränderung wollen. Für unsere Kinder!

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI,
MITGLIED DES LANDTAGS



AGENTURFOTO/MIT MODEL GESTELLT

DAS KOOPERATIONSVERBOT MUSS WEICHEN

DAMIT DIE DIGITALISIERUNGSTRATEGIE GELINGT!

Die Digitaleuphorie im Bildungswesen hat bereits einen Dämpfer erhalten – nur in Deutschland nicht.

De facto befindet sich Deutschland in puncto Digitalisierung im Bildungsbereich auf der Überholspur, während die Straße kaum befahren ist. Andere Staaten haben bereits aufgrund des ausgebliebenen Erfolgs in der Digitalstrategie gewaltig umgelenkt. Dr. John Vallance, der Direktor der Sydney Grammar School, einer der teuersten australischen Privatschulen, nannte im Jahr 2016 Computer an Schulen „a scandalous waste of money“. Auch das französische Parlament hat 2018 ein Kompletterverbot für internetfähige Geräte bei schulischen Aktivitäten beschlossen, selbst außerhalb des Schulgebäudes. In NRW hingegen bestätigt die Ministerin im März 2018, dass sie für eine Übergangsphase der Realisierung der Digitalisierung an den nordrhein-westfälischen Schulen die Verwendung eigener technischer Geräte im Unterricht für sinnvoll erachtet.

Die Idee der Automatisierung von Lehre und Lernen ist allerdings viel älter als das Internet selbst. Der erstmalige Einsatz von Filmen im Unterricht hat wohl im amerikanischen Rochester im Jahre 1910 stattgefunden. Der amerikanische Unternehmer Thomas Edison verkündete damals, dass Bücher bald dem Einsatz von Bewegtbildern weichen würden. Diese Medieneuphorie beeinflusste den Psychologen Sidney L. Pressey, welcher mit der Konstruktion seiner sogenannten „teaching machine“ Lernenden ein Multiple-Choice-Verfahren zur Anwendung von Wissen erschloss. Diese ersten Ansätze automatisierten Lernens wurden wegen ihrer Erfolglosigkeit aufgegeben. Die letzten Sprachlabore wurden Anfang der 90er Jahre entsorgt. Auch die Zuversicht über die Wirkungen des Einsatzes digitaler Medien auf die Leistung und Motivation der Schüler hält

den Ergebnissen der pädagogischen, lernpsychologischen und sozialwissenschaftlichen Forschung nicht stand.

Die Synonyme „digitale Bildung“ und „digitaler Unterricht“ zeugen lediglich von einer restringierten Sprachlogik bei den Verfechtern dieser Digitalisierungsoffensive. Die sogenannte „digitale Bildung“ existiert nicht, da Lernen und Lehren grundsätzlich auf analogem Wege geschieht und Bildung somit das Ergebnis analoger Prozesse im kognitiv-emotionalen Bereich ist. Der Hochschulprofessor und Psychiater Manfred Spitzer hat vierzehn internationale Studien aus den Jahren 2004 bis 2014 ausgewertet. Keine einzige dieser Studien hat einen signifikanten Lernerfolg durch die Nutzung digitaler Medien nachweisen können.

Während also andere Länder digital abrüsten, verbreitet sich zurzeit in Deutschland eine unreflektierte Digitalisierungseuphorie im Bildungsbereich, die so weit geht, dass das bisherige föderal organisierte Bildungswesen heftigen Umbruchbestrebungen ausgesetzt ist.

So sind nämlich die derzeitigen Initiativen im Bundestag und Bundesrat zur Aufhebung des Kooperationsverbots zu verstehen. Fünf Milliarden Euro ist der Bildungsföderalismus den Politikern zur freien Auslieferung an Großkonzerne wert. Dabei gewährleistet gerade die Bildungshoheit der Länder demokratische Prozesse, kulturelle Vielfalt und einen leistungsförderlichen Wettbewerb.

HELMUT SEIFEN, MITGLIED DES LANDTAGS,
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

TAGEBAU HAMBACH

Die Erosion der Rechtssicherheit!

Am 15. Oktober 1978 nahmen die damals größten Schaufelradbagger der Welt mit einem Dienstgewicht von mehr als 7.800 Tonnen ihre Arbeit im Tagebau Hambach auf.

Über sechs Jahre trugen die schweren Kolosse den mehrschichtigen Abraum aus Kies, Sand und Ton in der Jülicher Börde ab, bis sie zum ersten Mal auf Braunkohle stießen.

Investitionen brauchen Rechtssicherheit

Ein Tagebau erfordert extrem hohe Investitionen. Allein in der Anfangsphase des Tagebaus investierte RWE mehr als 2,5 Milliarden Euro. Da es sich bei der Braunkohle aber nur um das Vorprodukt der Stromerzeugung handelt, musste ein Vielfaches der Summe in speziell auf Braunkohle ausgelegte Kraftwerke investiert werden. Die Basis für solche Investitionen sind die Entscheidungen der Politik und der Schutz von Eigentumsrechten. Nur wenn das Erzielen der Gewinne hinreichend gesichert ist, wird überhaupt erst investiert.

40 Jahre lang konnte sich RWE auf seine Eigentums- und Abbaurechte im Rheinischen Braunkohlerevier verlassen. Überraschenderweise hat das OVG in Münster jetzt einen Rodungsstopp verhängt.

Was geschieht mit den RWE-Mitarbeitern und was mit der deutschen Energieversorgung?



Immer wieder haben die Landesregierungen die Rechtssicherheit der Entscheidung auch bestätigt. Erst vor zwei Jahren hat die damalige rot-grüne Landesregierung RWE das politische Versprechen gegeben, die Abbaugrenzen des Tagebau Hambachs unangetastet zu lassen. Bisher hat RWE nie einen Grund gehabt, an der Rechtmäßigkeit der Braunkohleförderung zu zweifeln.

Doch 40 Jahre nach dem Aufschluss des Tagebaus Hambach verfügte das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster überraschend den vorläufigen Rodungsstopp für den Hambacher Forst und verspielte damit auf einen Schlag das Investorenvertrauen in den Rechtsstaat.

Schutz der Bechsteinfledermaus bedroht Abbaurechte

Seit Jahren führt der BUND NRW einen ideologischen Kampf gegen die Braunkohle und klagt gleichermaßen gegen den Tagebaubetreiber wie auch gegen die Bezirksregierung, die solche Rahmenbetriebspläne zulässt. Aus Sicht des BUND NRW ist der aktuelle Rahmenbetriebsplan „europarechtswidrig“.

Der BUND NRW beruft sich dabei auf die sogenannte Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU. Unionsmitglieder sollen Gebiete für wildlebende Pflanzen und Tiere ausweisen und „völkerrechtlich“ schützen lassen. Für NRW wurden bereits 2006 mehrere Schutzzonen gemeldet, so dass bereits mehr als 10% der Landesfläche Schutzgebiet sind. Der Hambacher Forst wurde von keiner Landesregierung gemeldet. Dank des erweiterten Klagerechts versucht der BUND NRW, sich den Schutz der Bechsteinfledermaus auf die Fahne zu schreiben und die Landesregierung gerichtlich zum Schutz des Waldes zu zwingen.

RWE-Arbeiter fürchten um ihre Jobs Abbau musste gedrosselt werden

Experten gehen davon aus, dass eine abschließende gerichtliche Entscheidung frühestens in zwei Jahren getroffen werden kann. Um eine gefährliche Kaskadenreaktion für

den Betriebsablauf zu verhindern, ist RWE dazu gezwungen, die Braunkohleförderung und Stromerzeugung massiv zu senken. Die Aktien des Konzerns verzeichneten nach dem Gerichtsbescheid börslich einen Verlust von 500 Mio. Euro. Viele Aktien werden von Kommunen im Ruhrgebiet gehalten, die nun Verluste tragen müssen.

Die Zukunft der 4.600 Mitarbeiter ist ungewiss. Ihnen drohen betriebsbedingte Kündigungen – das komplette Gegenteil eines sozial verträglichen Wandels!

Die Energieversorgungs- sicherheit wird gefährdet

Die Braunkohleverstromung zählt immer noch zu den günstigsten Arten der Stromerzeugung. Zudem handelt es sich bei der Braunkohle um den einzigen heimischen Energie-Rohstoff in förderbaren Größenordnungen. Der Rodungsstopp und die damit einhergehende Drosselung der Braunkohleförderung werden unweigerlich zu steigenden Strompreisen führen.

Dabei zählt der Strompreis in Deutschland ohnehin schon zu den höchsten in ganz Europa. Eine Abwanderung wichtiger Schlüsselindustrien, z. B. nach Frankreich, wird dadurch wahrscheinlicher. In der Not müssen teurere Steinkohle- oder Gaskraftwerke hochgefahren oder gar Strom aus belgischen Kernkraftwerken bezogen werden, um einen Blackout in Deutschland zu verhindern.

Mit der Entscheidung des OVG werden die Investitionsgrundlagen und das Vertrauen in den Rechtsstaat nachhaltig zerstört. Unternehmen, die in Deutschland investieren möchten, können nicht mehr auf den Bestandsschutz von Entscheidungen vertrauen, wenn ein Beschluss genügt, um ein 40 Jahre bestehendes Abbau- und Eigentumsrecht auszuhebeln. Damit geht auch eine Gefährdung der Arbeitsplätze einher. Dies bietet weiteren sozialen Sprengstoff in Deutschland.

CHRISTIAN LOOSE,
MITGLIED DES LANDTAGS

Wer wir sind

Porträt Markus Wagner

Seit Oktober 2017 ist Markus Wagner Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion. Der 54-Jährige ist verheiratet und Vater eines Kindes.

Während das Schlagzeugspielen bei den vielfältigen Hobbys des Unternehmers irgendwann auf der Strecke bleiben musste, war und ist er einem immer verbunden geblieben: dem Fußball. Ob als Spieler, Trainer oder nun als Vorstand seines Heimatvereins, der Fußball ist neben der Familie und der Politik ein ganz wesentlicher Bestandteil seines Lebens.

Für Politik interessierte sich Markus Wagner bereits als Achtjähriger, als er gebannt den Ablauf des konstruktiven Misstrauensvotums gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt verfolgte. Etliche Jahre später – mittlerweile vom oberbayerischen Bad Tölz ins ostwestfälische Bad Oeynhausen umgezogen – gründete er dort einen Kreisverband der Jungen Union. Doch 1996 trat er wieder aus der CDU aus: Die von Helmut Kohl versprochene geistig-moralische Wende vermochte er nicht zu erkennen, die geplante Einführung des Euro hielt er für einen großen Fehler und insgesamt konnte er sich des Eindrucks nicht erwehren, die Union marschiere stramm nach links.





Stauffenberg gehört wie Bismarck und Stresemann zu den politischen Inspirationen Wagners

Erst im Jahre 2001 wurde sein Interesse an Politik durch die Schill-Partei wieder angefeuert, die er als „CSU des Nordens“ ansah. Vor allem in der Hoffnung, Kriminalität werde endlich kompromissloser bekämpft, wurde Wagner zunächst stellvertretender, nach dem Rückzug ihres Gründers 2004 erster Vorsitzender. Doch als die Partei 2006 an internen Querelen auseinanderbrach, beschloss Markus Wagner, sich zunächst aus der Politik zurückzuziehen.

Dieser Entschluss wich Anfang 2013 einem intensiven Engagement in der neu gegründeten Alternative für Deutschland, deren Kritik an der Euro-Rettungspolitik Wagner voll umfänglich teilte. Bald wurde er Sprecher des AfD-KV Minden-Lübbecke und stellv. Sprecher des AfD-Bezirksverbandes OWL. Bei der Listenaufstellung für die NRW-Landtagswahlen errang Wagner den 4. Platz und zog im Mai 2017 in den Düsseldorfer Landtag ein.

Neben seinen Aufgaben als Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Ältestenrats und im Hauptausschuss liegt Wagner als innenpolitischer Sprecher vor allem die Sicherheit der Bürger in NRW am Herzen. „Ich werde konsequent darauf drängen, dass die von der Landesregierung versprochene Null-Toleranz-Politik gegen Kriminalität auch umgesetzt wird!“ Und auch in der Landtagsarbeit hat die Flüchtlingspolitik einen hohen Stellenwert: „97% der seit 2015 nach NRW gekommenen Flüchtlinge hätten nach dem Asylkompromiss der 1990er Jahre keinen Anspruch auf Asyl. Diese Menschen müssen fit gemacht werden für die Rückkehr in ihre Heimatländer“, so Wagner.

Auf längere Sicht hält er eine Beteiligung seiner Partei an der Landesregierung grundsätzlich für denkbar und wünschenswert. „Ganz sicher aber nicht als Juniorpartner oder Mehrheitsbeschaffer“, stellt Markus Wagner seine konsequente Haltung auch in dieser Frage unmissverständlich klar. Der bodenständige Ostwestfale weiß, was er will.



Innovation im Straßenbau SOLARSTRASSEN



Ich denke, ich brauche keinem PKW-fahrenden Berufspendler erklären, wie es hier in NRW auf unseren Straßen aussieht – das meist befahrene Straßennetz in der gesamten EU ist in einem kläglichen Zustand!

Zusätzlich sehen wir uns mit einem anderen Problem konfrontiert: Jede Sanierung, jede Baustelle verursacht Verkehrsengpässe, Umleitungen und Staus. Letzteres plagt nicht nur Nerven und Freizeit der PKW-Fahrer, sondern verursacht neben der Umweltbelastung auch Defizite bei unserer Wirtschaftsleistung.

Die AfD-Landtagsfraktion möchte ideologiefrei und zukunftsorientiert Lösungen erarbeiten. Deshalb beschäftige ich mich seit über einem Jahr intensiv mit der Suche nach Möglichkeiten, um die Straßensanierung und den Straßenbau effektiv, ökologisch und vor allem schneller zu gestalten. Systematisch beschäftige ich mich mit heimischen und internationalen neuen Technologien, deren Praktikabilität und Kosten. Wir sollten aufgeschlossen und up to date sein, wenn diese Technologien den Durchbruch erreicht haben. Wir haben bereits die Wirtgen Group besucht, um uns das Konzept „Straßen-Kaltsanierung in situ“ vorstellen zu lassen. Auch haben wir uns intensiv mit den sogenannten „Plastic Roads“ befasst, also Straßen aus recyceltem Plastik, für die unlängst Teststrecken in Rotterdam fertig gestellt wurden.

Dieses Mal war unser Ziel wieder die Niederlande. Wir wollten ergründen, was es mit den sogenannten Solarstraßen auf sich hat. Zu diesem Zweck besuchten wir die Fertigungsbetriebe und den Hauptsitz von SolaRoads in Delft sowie die weltweit erste Strecke eines mit Solarpaneelen unterfütterten Fahrradwegs, die bereits 2014 erbaut wurde. Unsere Metropolen haben wie die in den Niederlanden ein Platzproblem, was die Installation von Solaranlagen angeht.

Das Konzept, unser gigantisches Straßennetz mit Solarzellen zu unterlegen, hört sich interessant an.

Sten de Witt von SolaRoads stellte sich unseren zahlreichen Fragen und berichtete von den Anforderungen, Problemstellungen und Erfolgen.

Ähnlich wie bei den Plastic Roads gibt es noch Herausforderungen beim Belag. Einerseits muss er genug Grip haben, aber auch genug Resistenz gegenüber der UVA-Strahlung, die den Kunststoff porös machen kann. Andererseits soll die Energieaufnahme der Paneele nicht zu gering sein. Der Brandschutz ist ebenfalls noch ein Thema.

Wir hier in NRW wären gut beraten, ein interessiertes Auge auf unser Nachbarland zu richten und gegebenenfalls selbst tätig zu werden.

Die Bauweise der Module von 3x3 Metern ermöglicht es, dass sie in den Werken vorgefertigt werden, um sie dann sehr schnell auf dem Fundament zu verlegen. Ein eventueller Austausch beschädigter Teile kann so ebenfalls schnellstmöglich vorstattengehen.

Durch die Erfahrungen mit der nun fast 5 Jahre alten Teststrecke konnten enorme Erkenntnisse gewonnen werden. Zwar ist diese Technik noch nicht komplett ausgereift, aber die Forschungen gehen weiter.

NIC VOGEL, MITGLIED DES LANDTAGS

UNSINNIGE DIESEL-FAHRVERBOTE GEFÄHRDEN UNSERE WIRTSCHAFT



Was waren wir Deutschen vor wenigen Jahren noch stolz auf unsere Ingenieurskunst: Unsere Produkte waren auf der ganzen Welt beliebt. „Made in Germany“ war ein Qualitätssiegel. Im Mittelpunkt stand dabei unsere Automobilindustrie. Für uns war es eine Selbstverständlichkeit, zur Weltspitze zu gehören. Mit unserem Fachwissen, unserer Technologieaffinität und unserem Unternehmertum konnten wir jede Herausforderung meistern.

Doch die aktuelle Herausforderung ist anders als alle bisherigen. In unserer Autonation grassiert der antideutsche Virus, der massive Schäden am Grundgefüge unserer Wirtschaftskraft verursacht. Mit Genüßlichkeit schauen die Antideutschen zu, wie die deutsche Automobilindustrie zerschlagen wird. Dabei überziehen sie das ganze Land mit einer Klagewelle, allen voran die klagewütige Deutsche Umwelthilfe. Viele Menschen haben jedoch vergessen, dass die Altparteien dem ökoideologischen Abmahnverein überhaupt erst die Rechtsmittel in die Hand gegeben haben, die er jetzt wie selbstverständlich gegen das Herz der deutschen Wirtschaftskraft richtet.

In diesem Land wird nicht mehr auf die ökonomische Vernunft gehört. Die Deindustrialisierung unseres Landes wird immer weiter auf allen Ebenen voran getrieben. Unsere ‚politische Elite‘ diktiert uns mit der EU immer schärfere Grenzwerte und treibt uns an den wirtschaftlichen Abgrund. Wie vom Dompteur im Zirkus wird der Löwe mit der Peitsche motiviert, durch einen immer höheren Feuer-ring zu springen.

Die Skandalisierung der Dieseltechnologie zerstört das Vertrauen in die deutsche Wertarbeit. Wenn Diesel-Fahrverbote kommen, haben das die Politiker der Altparteien zu verantworten.

Wir müssen einmal deutlich die Wahrheit über diese Grenzwerte aussprechen: Diese politischen Stickoxid-Grenzwerte sind völlig absurd! Die EU hat diesen sogenannten Luftgüteleitwert in Höhe von 40 µg/m³ für Stickstoffdioxid vollkommen unreflektiert von einer ‚Empfehlung‘ der Weltgesundheitsorganisation übernommen. Prof. Martin Hetzel, Chefarzt an der Stuttgarter Lungenfachklinik vom Roten Kreuz sagte dazu: „Stickoxide in einer so geringen Konzentration wie in unseren Städten können keine krankmachende Wirkung haben.“ Und wenn wir über die Gesundheit sprechen, so verweise ich auf den Abschlussbericht des Abgasuntersuchungsausschuss im Bundestag. Dort heißt es: „Es gibt keine wissenschaftlich erwiesenen Zahlen dazu, wie viele Menschen aufgrund grenzwertüberschreitender NO₂-Expositionen erkrankt oder gar gestorben sind.“

Ein Fahrverbot ist ein politisches Instrument

Ein Fahrverbot ist ein politisches Instrument, festgelegt durch Politiker in den Parlamenten und Stadträten. Wir müssen schnellstmöglich den wirtschaftspolitischen Vandalismus in unserer Autorepublik Deutschland beenden!

DR. CHRISTIAN BLEX, MITGLIED DES LANDTAGS

AFRIKANISCHE SCHWEINEPEST

Jährlich erwirtschaften allein die 235 nordrhein-westfälischen Schweinefleisch-Verarbeiter mit über 20 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 11,4 Milliarden Euro.

Die Afrikanische Schweinepest in NRW würde eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten.

Jährlich exportiert Deutschland mehr als 3 Mio. Tonnen Schweinefleisch. Damit bildet die Schweinefleischproduktion in NRW das Rückgrat unserer Landwirtschaft. Ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest unter den Hauschweinen wäre eine wirtschaftliche Katastrophe.

Angesichts des positiven Befundes in Polen und jetzt auch in Belgien direkt an der Grenze zu NRW sind wir geographisch gesehen von zwei Seiten bedroht.

VOR DER HAUSTÜR!

Die Maßnahmen der Landesregierung sind einfach nur peinlich! Dänemark ist da schon viel weiter und baut einen Grenzzaun, um die Wildschweine draußen zu halten!

Es liegt auf der Hand: Die rot-grüne Kastration der Jägerschaft mit dem ideologischen Jagdgesetz muss beendet und die Vermaischung der Landschaft rückgängig gemacht werden. Wildschweine setzen sich an den gedeckten Tisch und können sich am Energiemais einmal so richtig fett fressen. Dadurch paaren sie sich früher und werfen mehr Frischlinge.

Wieder einmal zeigt sich, dass der Natur die deutsche Energie-wende egal ist.

DR. CHRISTIAN BLEX, MITGLIED DES LANDTAGS

STRASSENBAUBEITRÄGE

EIN ÄRGERNIS FÜR JEDEN GRUNDSTÜCKSEIGENTÜMER

Viele Grundstücksbesitzer kennen die Situation: Eines Tages steht die Stadtverwaltung vor der Tür und möchte Geld zur Erneuerung der abgenutzten Fahrbahn. Je nach Grundstücksfläche und prozentualem Anteil der Stadt sind das schnell fünfstellige Beträge, die innerhalb eines Jahres zu entrichten sind. NRW hat knapp 115.000 Kilometer Kreis- und Gemeindestraßen. Nicht wenige Eigentümer können das Geld nicht aufbringen und müssen Kredite aufnehmen.

Unsere kommunalen Mandatsträger und zahlreiche Bürger haben sich in der Angelegenheit an uns gewandt. Daher haben Nic Vogel und ich im September eine Kleine Anfrage gestellt. Das jetzige System ist aus unserer Sicht nicht zielführend.

Mit der Antwort auf unsere Kleine Anfrage kann man ebenfalls nicht zufrieden sein: Man wisse gar nicht genau, wie die Städte in NRW abrechnen. Es hieß knapp, dass „der Landesregierung keine Erkenntnisse bzw. statistischen Daten vorliegen. Sie sind belastbar auch nicht innerhalb der

für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit zu beschaffen.“

Danach kann man es eigentlich nur den Bayern gleichmachen, die vor der Landtagswahl die Straßenbaubeiträge abgeschafft haben. Die AfD-Fraktion NRW wird sich im Plenum ebenfalls dafür stark machen. Gerade in Zeiten sprudelnder Steuereinkassen müssen unsere Bürger entlastet werden.

Als Partei der Familien wenden wir uns natürlich entschieden gegen diese De-facto-Steuer, die vor allem kleine Eigenheimbesitzer besonders hart trifft. Dass viele Kommunen im Land schlecht gewirtschaftet haben und gleichzeitig die Straßen haben verfallen lassen, darf jetzt nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die sich mit ihrem Ersparnis den Traum vom Eigenheim erfüllt haben.

SVEN W. TRITSCHLER, MITGLIED DES LANDTAGS,
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

AUSGEGLICHERNER HAUSHALT 2019

Der Haushaltsplanentwurf 2019, wie von der Landesregierung vorgelegt, sieht einen kleinen Überschuss in Höhe von 30 Mio. Euro vor.



WENN NICHT JETZT,
WANN DANN?

Das Land Nordrhein-Westfalen wird im kommenden Jahr Rekordsteuereinnahmen von 61,5 Mrd. Euro dank der guten konjunkturellen Lage verbuchen. Der Finanzminister kann mit 3,2 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuermilliarden arbeiten. Angesichts dessen ist die Haushaltskonsolidierung doch gering. Wir reden hier von weniger als 2 Euro pro Einwohner von NRW.

Hier hätte der Finanzminister einfach mehr liefern müssen. Selbst das kleine Saarland plant einen größeren Überschuss für 2019 von 84,5 Mio. Euro.

Das ist natürlich besser als alles, was unter Rot-Grün gewesen ist. Jedoch ist dieser Überschuss, wenn man sich die Gesamtverschuldung einschließlich der Extrahaushalte des Landes Nordrhein-Westfalen von mehr als 174 Mrd. Euro zum Ende des Jahres 2017 anschaut, viel zu gering. Nicht enthalten sind die Verbindlichkeiten der Kommunen in Höhe von 53,5 Mrd. Euro (Quelle: Statistisches Bundesamt).

In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen und Niedrigzinsen auf Kosten des deutschen Sparerers müsste einfach stärker konsolidiert werden.

Die Landesregierung geht von einem durchschnittlichen Zinssatz von 1,75 Prozent aus. Das bedeutet, dass Nordrhein-Westfalen 2,47 Mrd. Euro an Zinsen auf die gut 139 Mrd. Kapitalmarktschulden (Stand 31.12.2017 ohne Extrahaushalte) zahlen wird.

Wenn der durchschnittliche Zinssatz nur doppelt so hoch wäre, dann wäre der Haushalt tief rot. 2008 lag der durchschnittliche Zinssatz bei 4,25 Prozent, 2000 sogar bei 5,32 Prozent und 1985 bei 7,2 Prozent.

Die Landesregierung hat offensichtlich alle ihre finanzpolitischen Asse ausgespielt. Sie trickst sich aber doch noch etwas zwischen 2018 und 2019 zurecht.

Im Jahr 2018 hat die Landesregierung zusätzliche Einnahmen, so dass sie eine Vorsorge für die Abwicklung der Risiken der alten West LB AG in Höhe von 400 Mio. Euro durch einen Nachtragshaushalt einstellen kann. Diese Gelder belasten dann nicht den Haushalt 2019.

Wir halten fest: Die Landesregierung erwirtschaftet 2019 nur einen kleinen Überschuss dank Rekordsteuereinnahmen, Niedrigzinsen und aufgrund von Rückstellungen aus dem Vorjahr.

Darüber hinaus muss auch noch erwähnt sein, dass in Nordrhein-Westfalen bei den Krankenhäusern ein Investitionstau in Höhe von 12,5 Mrd. aufgelaufen ist. Außerdem steht immer noch eine stichhaltige Antwort der Landesregierung aus, wie sie den massiven Stellenaufbau in der Ministerialbürokratie im Zuge des Regierungswechsels gegenfinanzieren will.

Sicherlich beinhaltet der Haushaltsentwurf 2019 auch einige positive Aspekte, die von der AfD vollumfänglich mitgetragen werden. Wir begrüßen den Personalzuwachs bei der Polizei, der Justiz und in der Bildung. Auch die Kommunen erhalten mehr Geld.

Dieser Haushalt ist eine Mogelpackung.

Die Risiken sind da. Am Himmel ziehen dunkle konjunkturelle Wolken auf. Die Wirtschaftsweisen haben z. B. ihre Wachstumsprognosen für das Bruttoinlandsprodukt 2019 von 1,8 Prozent auf 1,5 Prozent gesenkt.

Wir gehen finanzpolitisch schweren Zeiten entgegen. Die AfD wird sich weiter für die Steuerzahler und Sparer einsetzen.

HERBERT STROTEBECK,
MITGLIED DES LANDTAGS

MIT ALICE WEIDEL AUF DER **GAMESCOM**

ZUR WELTWEIT GRÖSSTEN
COMPUTERSPIELEMESSE
GAMESCOM WAR DIE AfD-FRAKTION
DIESES JAHR MIT EINEM
STAND VERTRETEN.



Neben den NRW-Landtagsabgeordneten besuchten uns hierzu auch Bundestagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete aus anderen Bundesländern. Höhepunkt war der Messerundgang und anschließende Standbesuch mit der Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Dr. Alice Weidel.

SVEN W. TRITSCHLER, MDL

SCHÖNE ECKE IN NRW

Eine Reportage über die schönen Seiten von Nordrhein-Westfalen
In dieser Ausgabe: Linn (Krefeld)



ALTSTADTKERN MIT ISSUMER TURM



GREIFFENHORSTPARK

In Nordrhein-Westfalen gibt es viele wunderschöne Orte und Ecken. Einige sind groß und weltbekannt, andere eher klein und fast nur den Einheimischen bekannt. Linn in Krefeld mit seiner Wasserburg und dem Textilmuseum zählt zu den beschaulichen und romantischen Geheimtipps unseres Bundeslandes.

Linn ist leicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Der Bahnhof Krefeld-Linn liegt wie Krefeld Hauptbahnhof an der Bahnstrecke Duisburg–Mönchengladbach. Zu Fuß, mit Bus oder Straßenbahn gelangt man zur Haltestelle „Am Steinacker“, wo unser Weg durch Linn beginnt. Nur ein paar Schritte weiter findet man sich schon im Grünen wieder.



JAGDSCHLÖSSCHEN GREIFFENHORST

Der erste Höhepunkt ist das Greiffenhorstschlosschen, ein dreigeschossiger Backsteinputzbau in Form eines Achtecks in Hellrosa, von dessen Balkonen man auf den Greiffenhorstpark herabblickt.

Die Grünanlage

bietet gemütliche Wege am Mühlenbach entlang zum historischen Stadtkern von Linn.

Einen kleinen Marsch später erreicht man den alten Mühlenhof, wo sich die ansässigen Ziegen auf Besucher freuen. An die kurfürstliche Ross- und Wassermühle erinnert heute weiterhin das mächtige Mühlrad. Von hier aus bietet sich ein herrlicher Ausblick auf die Altstadt und den Issumer Turm. Eine Tour durch den historischen Stadtkern von Linn kann gut am Heimatbrunnen beginnen.

Das Städtchen wartet auf mit engen altertümlichen Gassen, dem Andreasmarkt mit dem Haus des einstigen Kurfürstlichen Hofstiefelmachers und viel Fachwerk, das von Jahrhunderten der Ortsgeschichte zeugt. Geschichtsinteressierten bietet sich hier die Möglichkeit zu Führungen.



ROSS- UND WASSERMÜHLE



MÜHLENHOF



SCHÖNWASSERPARK

Das Prunkstück von Linn ist eine der ältesten Großburgen des Niederrheins: das Wasserschloss Linn.

Der Komplex aus Haupt- und Vorburg, Jagdschloss und Wassergraben ist heute ein Museum, das die Geschichte seit dem römischen Kastell Gelduba erzählt. Das Museumscafé lädt zu einer kurzen Rast ein und lockt Feinschmecker mit der Grillagetorte, einer halbgefrorenen Krefelder Sahnespezialität mit Krokantboden, zu einer Tasse ostfriesischem Tee.

Das deutsche Textilmuseum bietet Besuchern die Möglichkeit, die jahrhundertealte Geschichte der Bekleidungswelt kennenzulernen.



WASSERSCHLOSS LINN

Wer von der Natur einfach nicht genug bekommen kann, darf die liebevolle Parkanlage hinter der Burg besuchen und durch den ‚Grüngürtel‘ bis zum Schönwasserpark wandern, wo sich Sumpfyzypsen, Trauerweiden und Koniferen finden. Auch der botanische Garten überzeugt durch seine vielfältige Flora mit über 5000 Pflanzenarten aus aller Welt. Im Juni blühen hier 150 unterschiedliche Rosensorten. Zu Pfingsten findet eine ‚Spielwiese‘ für Ritter und historisches Handwerk statt, während im Dezember ein märchenhafter Weihnachtsmarkt vor der historischen Kulisse rund um die Burg Linn stattfindet.

SVETLANA VOLKOVA

SÜDAFRIKA

WEISSE FARMER BEDROHT

„Plaasmoord“ ist das Schlagwort des Terrors, unter dem die weiße Minderheit leidet: Mord und Folter an weißen Farmern durch schwarze Täter. 2016 und 2017 wurden 638 solcher Angriffe verzeichnet. Mehr als 3000 weiße Farmer wurden seit 1994 umgebracht – insgesamt seit Ende der Rassentrennung 70.000 weiße Südafrikaner. Dabei handeln die Täter nicht selten barbarisch: Kinder werden in kochendes Wasser geworfen, Frauen brutal vergewaltigt.

Aus Furcht haben rund eine halbe Million Weiße Südafrika verlassen. Viel Farmland liegt brach und das fruchtbare Land ist zu einem Lebensmittelimporteur geworden. Der herrschende ANC verschärfte die Lage 2018 noch, indem er eine Verfassungsänderung durchsetzte, die Landenteignung ohne Entschädigung ermöglicht. Getrieben wird der ANC von den extremistischen „Economic Freedom Fighters“, deren Vorsitzender Weißen „die Kehle durchschneiden“ will.

Das enteignete Land soll unter mittellosen schwarzen Bürgern verteilt werden, auch wenn die Erfahrung zeigt, dass ihnen in der Regel Wissen und Mittel fehlen. Welche Fol-

1994 endete die Apartheid in Südafrika, doch die großen Erwartungen haben sich nicht erfüllt:

Die wirtschaftliche Lage der schwarzen Mehrheit hat sich kaum verbessert, Weiße müssen inzwischen um ihr Leben fürchten.

gen so etwas haben kann, zeigt Simbabwe: Seit 2000 wurden weiße Farmer von ihrem Land vertrieben und flohen, woraufhin die Lebensmittelproduktion einbrach und das Land in eine katastrophale Wirtschaftskrise stürzte.

Unter umgekehrten Vorzeichen wäre der Aufschrei in Europa sicher groß. Aber da es hier offenbar falsche Täter und falsche Opfer sind, wird die drohende Katastrophe totgeschwiegen oder relativiert.

Aktuell bemühen sich Länder wie Australien und Russland um die fleißigen, gut ausgebildeten Buren. Europa erwartet derzeit vermutlich wieder eine Welle von Flüchtlingen, die nach dem selbstverschuldeten wirtschaftlichen Kollaps vor Hunger und Elend fliehen.

Als Sprecher für Europa und Internationales der AfD-Fraktion NRW lade ich Corné Mulder, Mitglied des südafrikanischen Parlaments für die Vryheidsfront Plus, zu diesem Thema ein.

SVEN W. TRITSCHLER, MITGLIED DES LANDTAGS,
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

Am 12. März 2019 begrüßen wir Dr. Corné Mulder, Mitglied des südafrikanischen Parlaments für die Vryheidsfront Plus, die Partei der weißen Minderheit, zu einer Podiumsdiskussion im Plenarsaal des Landtags.

Die Veranstaltung beginnt um 19:00 Uhr.

Wenn Sie teilnehmen möchten, scannen Sie bitte den QR-Code oder rufen Sie das Anmeldeformular unter www.bit.ly/SuedafrikaNRW auf.



5 VOR 12

MIGRATIONSPAKT STOPPEN

Am 10. Dezember 2018 soll der ‚Global Compact for Migration‘ unterzeichnet werden. Nimmt sich die EU dieser angeblich unverbindlichen Regelungen an, wird aus völkerrechtlichem Gewohnheitsrecht schnell ein verpflichtender Vertrag, aus EU-Recht wird deutsches Recht. Eine weitere Masseneinwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen aus kulturfremden Regionen, die zum größten Teil einen Anspruch auf die Gemeinschaftsgüter Deutschlands erheben, ohne zur Mehrung dieser Güter beitragen zu können, zerstört die Grundlage unseres Sozialstaates.

Die USA, Australien, Ungarn, Dänemark, Kroatien, Tschechien, Polen und Österreich lehnen den Pakt ab und haben sich bereits von dem Vertragswerk distanziert. Zahlreiche andere Länder wie die Schweiz, Italien, Slowenien, Russland, Japan und China haben starke Bedenken geäußert.

Der Antrag der AfD-Bundestagsfraktion vom 08.11.2018, dem Global Compact for Migration nicht beizutreten, wurde nach heftiger Debatte zur weiteren Beratung an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Was beinhaltet der ‚Global Compact for Migration‘?

- ✘ Illegale Migration wird mit legaler Migration gleichgesetzt
- ✘ Aufgabe der Souveränität über die eigenen Grenzen
- ✘ Uneingeschränkte Familienzusammenführung als Grundrecht
- ✘ Es wird keine Integration in die Kultur der Einwanderungsländer erwartet
- ✘ Die eigene Kultur und Rechtsordnung kann beibehalten werden
- ✘ Gleiche Zugangsrechte zum Sozialsystem wie für Einheimische
- ✘ Information und Unterstützung beim Einklagen von Leistungen und Ansprüchen
- ✘ Entstehende Probleme sollen nicht veröffentlicht werden

Was der ‚Global Compact for Migration‘ aber nicht enthält: Verpflichtungen gegenüber den Bürgern der Zielländer, weder von Seiten ihrer eigenen Staaten noch von den Migranten.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY,
MITGLIED DES LANDTAGS, STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE

AUFGEDECKT IN NRW

GESCHÖNTE STATISTIK ODER STEUERGELD- VERSCHWENDUNG?

Abtreibungen sind sicherlich eines der emotionalsten und am kontroversesten diskutierten Themen in der Politik. So hat die Rechtsprechung zum Werbeverbot und die damit einhergehende öffentliche Diskussion eine Debatte um das Für und Wider angestoßen. Um dies beurteilen zu können, bedarf es aber in erster Linie einer validen Faktenlage, die eine Diskussion erst ermöglicht. So habe ich eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, um überhaupt erst einmal Zahlen zu den tatsächlich stattgefundenen Eingriffen zu erhalten und auch den Eingriffen, die das Land Nordrhein-Westfalen finanziert. Denn kann eine Frau glaubhaft machen, dass ihr Bruttogehalt 1001 € nicht übersteigt, so gibt das Schwangerschaftskonfliktgesetz vor, dass das jeweilige Bundesland die Kosten für den Schwangerschaftsabbruch übernimmt.

Hierbei stellte sich heraus, dass beinahe in jedem Jahr der geführten Statistiken die Zahl der übernommenen Schwangerschaftsabbrüche die Zahlen der laut Bundesamt tatsächlich stattgefundenen Abtreibungen übersteigt. Kurzum: Das Land NRW übernimmt Kosten für mehr Abbrüche, als laut Statistik vorgenommen werden, und das seit Jahren.

Dabei ist doch anzunehmen, dass nicht ausschließlich einkommensschwache Frauen abtreiben. Hinzukommen müssten noch die Aborte mit kriminologischer Indikation, Aborte mit medizinischer Indikation und natürlich alle Aborte von Frauen, die über ein Einkommen von mehr als 1001 € verfügen, also etwas mehr als 50% der Frauen gemäß Bundesstatistik. Die Faktenlage lässt nur zwei mögliche Schlussfolgerungen zu: **Entweder stimmt die Bundesstatistik nicht und die Zahl der vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche übersteigt die in der Statistik ausgewiesenen Zahlen um ein Vielfaches – oder das Land NRW lässt jährlich Steuergelder in Millionenhöhe verschwinden.**

Der Blick ins europäische Ausland gibt einen eindeutigen Trend vor.

So wird nach offiziellen Statistiken beinahe nur in Polen seltener abgetrieben. Das ist jedoch wenig verwunderlich vor dem Hintergrund, dass dort ein Schwangerschaftsabbruch nur in absoluten Ausnahmefällen möglich ist und darüber hinaus noch stark stigmatisiert ist. Während die offiziellen Zahlen in Deutschland ca. 4 Abtreibungen pro Jahr auf 1000 Frauen im

Alter zwischen 12 und 55 ausweisen, sind es beispielsweise in den Niederlanden 7,5, in der Schweiz 7, in Luxemburg sogar 37, in Dänemark sowie Schweden 13, in Großbritannien 15. All diese Länder haben zum Teil sehr unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen für induzierte Aborte. Einige sind sehr viel liberaler, während andere strengere Regelungen aufweisen als die Bundesrepublik. Eines haben sie jedoch alle gemeinsam, die Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche liegen deutlich über denen in Deutschland.

73% der Länder in der Europäischen Union verfügen über ähnliche rechtliche Rahmenbedingungen wie Deutschland. Wie ist es dann zu erklären, dass in diesen Ländern die Anzahl der Abtreibungen teilweise dreimal so hoch ist wie in Deutschland? Oder erfassen wir diese Zahlen einfach denkbar schlecht? Eine These, die durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes gestützt werden könnte, denn dieses bestimmte, dass eine Straffreiheit nur dann gegeben sein kann, wenn die Anzahl der Abtreibungen konstant niedrig bleibt oder abnimmt. Also bleibt die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche konstant niedrig.

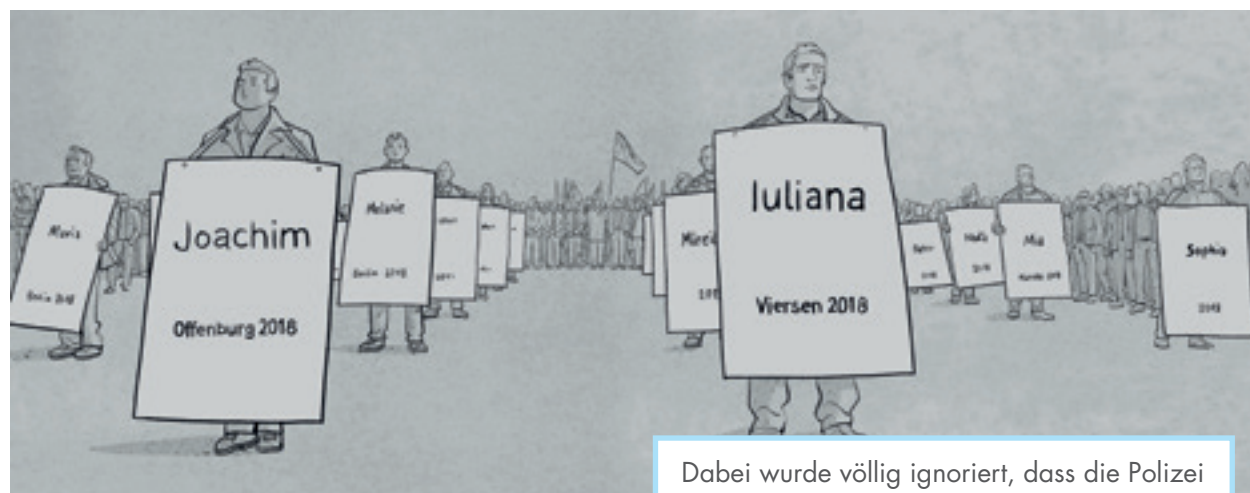
Die Frage ist nur, ob die Statistiken aus einer politischen Motivation heraus angepasst werden – eine Frage, die einer dringenden Klärung bedarf, bevor man dazu in der Lage ist, das Für und Wider eines Werbeverbotes von Abtreibungen überhaupt beurteilen zu können. Die Landesregierung sollte demnach in erster Linie daran arbeiten, Zahlen zur Verfügung zu stellen, die valide sind, um die öffentliche Debatte mit Fakten anzureichern. Die vorliegenden Zahlen sind nämlich fernab jeglicher Realität und haben eine Scheindiskussion zur Folge, welche mit Hilfe von inhaltslosen Phrasen geführt wird. Im Übrigen ist der Schwangerschaftsabbruch nach wie vor im Strafgesetzbuch unter „Straftaten gegen das Leben“ geregelt und nicht im medizinischen Leistungskatalog, nur um einzuordnen, worum es hier eigentlich geht.

Das Land NRW finanziert mehr Abtreibungen, als laut Statistik stattfinden - diesem Missstand muss nachgegangen werden!

DR. MARTIN VINCENTZ, MITGLIED DES LANDTAGS

Merkels „HETZJAGD“ auf die Demokratie

Wie Bundeskanzlerin und Leitmedien die Ereignisse in Chemnitz in diesem Spätsommer umgedreht haben, ist ein Lehrstück in Demokratieabbau.



Dabei wurde völlig ignoriert, dass die Polizei Chemnitz, der Chefredakteur der Chemnitzer „Freien Presse“ sowie Sachsens Generalstaatsanwaltschaft der Hetzjagd-Lüge klar widersprachen.

Ein Medienskandal sondergleichen.

Wir dürfen nie vergessen: Alles begann mit einer tödlichen Messerattacke auf einem Stadtfest in Chemnitz. Bis heute weiß die Öffentlichkeit nicht, warum das Opfer Daniel H. am Sonntagmorgen des 26. August den Tätern ins Messer lief. Was wir wissen: Ohne die merkelsche Asylpolitik hätte der 7-jährige Sohn des 35-jährigen Tischlers kubanischer Abstammung heute noch einen Vater. Punkt.

Mit Daniel H. hat das Staatsversagen ein weiteres Todesopfer gefordert. Kurz nach der Bluttat nahm die Polizei einen Syrer und einen Iraker fest. An der Echtheit ihrer Identitäten kamen jedoch Zweifel auf. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorgelegte Dokumente hatten sich teils als „Totalfälschungen“ entpuppt, so die Chaos-Behörde.

Dafür interessierten sich deutsche Medien aber kaum: Sie arbeiteten auf Hochtouren daran spontane Proteste der Chemnitzer aggressiv zu verleumden. SPD-Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig agitierte dabei an vorderster Front: Nicht über den tödlichen Messerangriff auf einen ihrer Landsleute war sie „entsetzt“, sondern über deren Widerstand gegen das Morden.

In der Stadt brodelte es nun erst recht. Am Montagabend versammelten sich mehrere tausend Chemnitzer vor dem Karl-Marx-Monument zu einer friedlichen Kundgebung. Darin geübt Sachsen als braunen Sumpf schlecht zu machen, rückten die Medien alle völlig undifferenziert in die Nähe weniger Teilnehmer aus dem Hooligan-Milieu.

Angela Merkel verließ sich dann nicht allein auf ihre Hofberichterstatte. Am 28. August trat sie selbst vor die Presse und verkündete eiskalt: „Wir haben Videoaufnahmen darüber, dass es Hetzjagden gab, dass es Zusammenrottungen gab, dass es Hass auf der Straße gab, und das hat mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun.“ Mit dieser Aussage zeigte sie ihr wahres, antidemokratisches Gesicht. Im Strafgesetzbuch

der DDR, immerhin Merkels politischer Heimat, verbot Paragraf 217 – „Zusammenrottungen“ – jede Form von demokratischem Protest.

Ebenso verräterisch wie Merkels Wortwahl ist die Herkunft der „Videoaufnahmen“: ein wenige Sekunden kurzer, nichtssagender Ausschnitt auf dem YouTube-Kanal mit dem allesagenden Namen „Antifa Zeckenbiss“. Die Kanzlerin verließ sich in ihrer Wertung der Ereignisse also auf Linksextremisten und alle Leitmedien taten es ihr gleich.

Die Chemnitzer ließen sich davon nicht einschüchtern: Ihr friedlicher Protest gipfelte am 1. September in einem Schweigemarsch, initiiert von der AfD Sachsen. Rund 10.000 Menschen erschienen, um unserer ermordeten

Landsleute würdevoll zu gedenken und an die furchtbaren Entscheidungen der Regierenden zu erinnern. Sie kamen nur 600 Meter weit: Die Polizeiführung sperrte die Strecke und erklärte den Marsch vorzeitig für beendet. Als Grund nannte sie linksextremistische Gegendemonstranten.

Als schließlich selbst der Präsident des Verfassungsschutzes Maaßen die Hetzjagd-Lüge als „gezielte Falschinformation“ einstufte, wurde er umgehend geschasst. Wer nicht voll auf Linie ist, fliegt. Merkel hat in der DDR gut aufgepasst ... Dieses Land braucht schleunigst eine Alternative!

ROGER BECKAMP, MdL
DR. CHRISTIAN BLEX, MdL
THOMAS RÖCKEMANN, MdL

KURZ NOTIERT

„Nein“, sagte der Geistliche, „man muss nicht alles für wahr halten, man muss es nur für notwendig halten.“

„Trübselige Meinung“, sagte K.
„Die Lüge wird zur Weltordnung gemacht.“
[Franz Kafka, *Der Prozess*. Kapitel 9
Im Dom, HL, 201, S. 161]

HELMUT SEIFEN, MdL

Kurioses aus dem Landtag:



Was der Bundespräsident empfiehlt, das darf noch lange nicht zitiert werden.

Im Rahmen einer kleinen Anfrage u. a. zu linksextremistischer Musik wollten wir aus dem Lied einer Gruppe zitieren, die auch beim präsidial empfohlenen Konzert der #wirsindmehr-Bewegung in Chemnitz aufgetreten ist. Das wurde abgelehnt mit dem Verweis auf die „guten Sitten des hohen Hauses“.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MdL



Zu dem Antrag der AfD-Fraktion

„Gelebte Heimat – Aufnahme ausgewählter typischer Arbeitersiedlungen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes“, Landtagsdrucksache 17/3024 wird es am 15. Februar 2019 eine Anhörung von Sachverständigen geben. Das Ruhrgebiet verfügt über eines der weltweit größten Ensembles von industriebedingten Wohnsiedlungen in Form von ‚Kolonien‘, die zum Teil im Stil der englischen Gartenstädte ausgeführt wurden.

ROGER BECKAMP, MdL

3

Der Haushaltsentwurf

für 2019 wirft bei mir Fragen auf: Das Familienministerium sieht erstmals Ausgaben für Paare mit unerfülltem Kinderwunsch vor, erhöht aber gleichzeitig das Budget für Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, in denen Frauen die Bescheinigung für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch erhalten. Familienpolitische Logik à la FDP. Stehen die Bedürfnisse Erwachsener über denen der Kinder?

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI, MdL

4

In NRW leben schätzungsweise

10.000 Migrantinnen, die beschnitten wurden, und 2.000, die davon bedroht sind. Das weiß auch die Landesregierung. Die Polizeiliche Kriminalstatistik führt jedoch keine bekannt gewordenen Fälle auf. Zwei Kleine Anfragen habe ich bereits zu diesem Thema gestellt hat. Auch künftig werde ich vor der Ausübung dieses barbarischen Rituals in unserem Land nicht die Augen verschließen. Die AfD setzt sich für die Betroffenen ein.

THOMAS RÖCKEMANN, MdL

5

Nach einer Sachverständigenanhörung

im Landtag haben wir versucht, mit einem Antrag den Forderungen der Experten nach einer erweiterten Meldepflicht für sexuell übertragbare Krankheiten nachzukommen. Da jedoch alle Bestrebungen der AfD für das Gemeinwohl im Kollektiv der Altparteien abgelehnt werden, war eine konstruktive Zusammenarbeit auch hier wieder nicht möglich.

DR. MARTIN VINCENTZ, MdL

6

Innenminister Reul – Kriminalität ist ein gesellschaftliches Problem

Auf eine Kleine Anfrage zum Thema „Gewaltzunahme gegen Polizeivollzugsbeamte“ antwortete Minister Reul unter anderem: „Die Respektlosigkeit gegenüber [...] Polizei, Feuerwehr und [...] Rettungsdienst ist ein gesellschaftliches Problem, welches die Landesregierung nicht allein und die betroffenen Bereiche nur begrenzt lösen können. Weder polizeiliche Maßnahmen noch das Strafrecht können die Ursachen für kriminelles oder respektloses Verhalten beheben.“

ANDREAS KEITH, MdL

7

Ich hatte im Ausschuss

nach dem Aus für das geplante Pumpspeicherwerk in Höxter einen Bericht der Landesregierung zur Zukunft der Pumpspeicherwerke verlangt. Die Antwort: Wir brauchen in NRW unglaubliche 1.154 Stück mit ähnlicher Größe wie in Höxter, um eine Dunkelflaute von einer Woche zu überstehen. Realisierbar hält die Landesregierung aber nur 27. Aktuell werden in NRW 3 Pumpspeicherwerke betrieben, die in Summe etwa halb so groß wie die geplante Anlage in Höxter sind.

CHRISTIAN LOOSE, MdL

8

Studentenvertretungen in NRW

Eine Anfrage der AfD-Fraktion brachte mangelhafte Transparenz und fehlende Kontrollen bei NRW-Studentenvertretungen ans Tageslicht. Damit ist das Thema für uns nicht abgeschlossen. Wir wollen jetzt von der Regierung unter anderem wissen, zu welchen Ergebnissen die jeweils letzte Landesrechnungshof-Prüfung der Studentenvertretungen kam und warum zum Beispiel an der Uni Köln noch nie eine Prüfung stattfand.

HERBERT STROTEBECK, MdL

9

AfD-Fraktion reicht Verfassungsklage ein

Wegen unzureichender Beantwortung einer Anfrage durch die Landesregierung hat die AfD-Fraktion Klage beim Verfassungsgerichtshof in Münster eingereicht.

Hintergrund: Die Landesregierung hatte bei einer Anfrage nach „gefährlichen und verurteilten Orten“ zwar zugegeben, dass es davon 25 in NRW gibt, jedoch nicht erklärt, wo genau sich diese befinden. Obwohl die Offenlegung in anderen Ländern üblich ist, beharrte Innenminister Reul auf Geheimhaltung.

SVEN W. TRITSCHLER, MdL

10

Kommunalkongress

Am 13. Oktober begrüßte ich als kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion wieder zahlreiche kommunale Mandatsträger zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch im Landtag NRW.

Themen waren unter anderem die kommunalen Finanzen, Fahrverbote, Krankenhausfinanzierung und kommunales Wahlrecht. Der nächste Kongress wird voraussichtlich im Frühjahr 2019 stattfinden.

SVEN W. TRITSCHLER, MdL

Bei den hier dargestellten Dialogen und Sachverhalten handelt es sich um fiktive, satirische Darstellungen und nicht um tatsächliche Vorgänge bzw. echte Zitate der dargestellten Personen.

In den finsternen Katakomben des Düsseldorfer Landtags treffen sich regelmäßig 5 Politiker, um die Geschicke des Landes zu bestimmen. Man nennt sie auch...

DIE RUHMLOSEN FÜNF

Armin Laschet: Chef der CDU NRW „Mutti Muster-schüler“, regiert mit einer Stimme Mehrheit.

Thomas Kutschy: Chef der SPD-Fraktion NRW, die sich derzeit in der Opposition befindet, aber noch daran gewöhnen muss. Hat sein Amt erst kürzlich vom „Methusalem“ der SPD-Fraktion, Norbert Römer, übernommen.



Verena Schäffer: Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion die Grünen betreibt die Verjüngung ihrer Fraktion, hat aber noch nicht für alle Altkollegen in der deutlich geschrumpften Fraktion einen neuen Job gefunden. Hat gerne recht.

Joachim Stamp: Chef der FDP NRW, Koalitionspartner und Stellvertreter von Laschet. Bevor Christian Lindner nach Berlin gezogen ist, wusste keiner, dass es ihn gibt.

Idee: Sven W. Trieschler, MEd. Zeichnungen: Paul Janson

Leute, wir müssen was machen.

Jetzt ist die AfD in den Umfragen schon vor der SPD.

Carina Gödecke: War bis vor kurzem Parlamentspräsidentin, jetzt aufgrund der Schwindsucht der SPD nur noch Vize.

Ich!!!

Ich weiß es, wir müssen sie inhaltlich stellen!

Inhaltlich stellen?

Na, ihr wisst schon: ihre Anträge inhaltlich widerlegen. Das sind doch Rechtspopulisten, die haben nur einfache Antworten.

Hm, naja, also bisher waren die Anträge ... wie soll ich sagen ...

... gut.

Die waren inhaltlich gut. Wir finden da bestenfalls mal einen Kommafehler.

Dann schmeiß ich ihn ganz schnell in den Schredder.

Gute Idee!

Eine von unseren Frauen könnte im Plenum auch einfach behaupten, man habe sie sexuell beleidigt. „#MeeToo“-mäßig!

Endlich mal eine gute Idee. Das Präsidium, aus dem wir die AfD ja ferngehalten haben, wird das dann einfach rügen, ohne dass wir es nachprüfen.

Ja, und dann fordern sie einfach Sachen, die wir vor ein paar Monaten selbst gefordert haben. Also vor der Wahl halt. Die meinen, das mit den Wahlversprechen sei ernst gemeint.

Na-Na! Wahlversprechen ernst nehmen, diese Trottel.

Ich hab's! Ich weiß, wie wir sie kriegen!

Ja? Wie denn?

Was machen wir, wenn sie sich beschweren?

DANN ENTSCHIEDET DAS PRÄSIDIUM!!!

Gut. Sehr gut. Und wir von der Landesregierung beantworten einfach die Anfragen der AfD nicht richtig oder zu spät oder gar nicht.

Aber damit können sie vor's Verfassungsgericht.

Richtig, und wer hat die Verfassungsrichter ausgekugelt?

Wir sagen, es seien Nazis!

Das machen wir seit FÜNF Jahren!

Ja gut, äh, aber wenn wir es jetzt nochmal so ganz doll sagen ...

Ich find die Idee gut.

Was haben wir sonst noch?

Wir könnten sie noch ein bisschen an der Arbeit hindern. Ihnen zum Beispiel verbieten, ihre Werbetafeln im Landtag aufzustellen, wie ihr das macht ...

Ja, das ist gut. Aber ob das reicht ...

Ich werde einfach einen ganzen Antrag der AfD markieren und sagen, das sei alles Nazideutsch.

Was machst du, wenn sie das sehen wollen?

... gut.

Die waren inhaltlich gut. Wir finden da bestenfalls mal einen Kommafehler.

Dann schmeiß ich ihn ganz schnell in den Schredder.

Gute Idee!

Eine von unseren Frauen könnte im Plenum auch einfach behaupten, man habe sie sexuell beleidigt. „#MeeToo“-mäßig!

Endlich mal eine gute Idee. Das Präsidium, aus dem wir die AfD ja ferngehalten haben, wird das dann einfach rügen, ohne dass wir es nachprüfen.

Was machen wir, wenn sie sich beschweren?

DANN ENTSCHIEDET DAS PRÄSIDIUM!!!

Gut. Sehr gut. Und wir von der Landesregierung beantworten einfach die Anfragen der AfD nicht richtig oder zu spät oder gar nicht.

Aber damit können sie vor's Verfassungsgericht.

Richtig, und wer hat die Verfassungsrichter ausgekugelt?

WIR !!!

„Demokratie“ ist schon eine feine Sache!

Und wieder einmal haben die ruhmlosen Fünf die Welt gerettet (vor der AfD).



Kommentar

Zu den demokratischen Gepflogenheiten im Landtag von Nordrhein-Westfalen, die zu ungebrochenen jahrzehntelangen Traditionen wurden, zählte immer, dass jedem Antrag einer Fraktion zur Einsetzung einer Enquetekommission einvernehmlich mit den Stimmen aller anderen zugestimmt wurde.

Zur Erinnerung: Die Aufgabe von Enquetekommissionen im Parlament besteht darin, sich innerhalb von zwei Jahren vertieft mit einem komplexen politischen Sachverhalt zu beschäftigen, bei dem mit Hilfe von sachkundigen Experten Handlungsempfehlungen an das Parlament gegeben werden. Schon der Natur der Sache nach hatte jede Fraktion in der 70-jährigen Geschichte des Bundeslandes ihre eigene Perspektive auf sich auftuende Probleme, die von den anderen Fraktionen jedoch stets respektiert worden ist. War es für die einen die Frage, wie sich zukünftig Handwerk und Mittelstand in NRW entwickeln werden, stand für die anderen mal die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte oder die Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen im Vordergrund des Interesses.

Seit 2017 allerdings sind diese Traditionen im Schwinden.

Nicht nur wurde, den Einzug der AfD vorwegnehmend, von den ‚demokratischen‘ Parteien des Parlaments eilends die Geschäftsordnung geändert, sodass nicht mehr jede Fraktion die Position eines stellvertretenden Landtagspräsidenten erhielt, was denn auch sogleich der AfD-Fraktion versagt blieb. Gleichmaßen mussten wir erleben, dass bei unserem Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission zu Parallelgesellschaften und ‚No-Go-Areas‘ im Lande die bisher geltenden demokratischen Traditionen nicht mehr zählten.

Mittlerweile musste selbst die Bundeskanzlerin einräumen, dass in den vergangenen Jahren in Deutschland sogenannte ‚No-Go-Areas‘ entstanden sind, die beim Namen genannt und gegen die etwas getan werden müsse. Trotzdem weigerten sich im Düsseldorfer Landtag CDU/SPD/FDP und Bündnis 90/Die Grünen schlichtweg, sich mit dem Thema



HELMUT SEIFEN, MDL,
STELLV. FRAKTIONS-VORSITZENDER

überhaupt zu beschäftigen. So kam es zu einer traurigen Premiere: Zum ersten Mal fand der Antrag einer Fraktion zur Einsetzung einer Enquetekommission keine Mehrheit im Parlament. Man darf vermuten, dass den genannten Parteien die Wähler in den betroffenen Stadtteilen gänzlich gleichgültig sind. Nicht anders im Übrigen als die sonst bei jeder Gelegenheit in der Öffentlichkeit hochgehaltenen ‚demokratischen Traditionen‘. Viel wichtiger war es CDU/SPD/FDP und den Grünen offenkundig, nicht gegen die ‚Political Correctness‘ zu verstoßen, nach der es etwas einfach nicht geben kann, das es nicht geben darf. Früher nannte man dies auch schlicht ‚den Kopf in den Sand stecken‘.

Währenddessen schreibt die Basler Zeitung (vom 7. August 2018): „In ganz Europa haben sich rechtsfreie, feindlich okkupierte No-Go-Zonen gebildet. Die Brüsseler Bürokraten haben die nationalen Grenzen geschleift, ohne eine funktionierende Alternative zu entwickeln. Europa kann sich aus diesem Desaster nur retten, wenn die einzelnen Länder wieder die Souveränität über ihre Grenzen und ihre Migrationspolitik erobern“.

Im 13. Jahr der Herrschaft Angela Merkels würde eine solche Meinung hierzulande mit Sicherheit sogleich als ‚rassistisch‘ geächtet werden und sich unter den Pauschalverdacht des Rechtsextremismus gestellt finden.

Mehr braucht zum Thema ‚politische Kultur‘ in Deutschland nicht gesagt werden.

O tempora, o mores! Was für Zeiten, was für Sitten!

Vielen Dank

an die Mitglieder des Landtags, die Presseabteilung, die wissenschaftlichen und persönlichen Mitarbeiter, die Fachreferenten sowie alle weiteren Mitwirkenden, die zu diesem Magazin beigetragen haben!

Impressum

Blickwinkel – Politisches Magazin über Aufbruch und Bewahren
AfD-Fraktion NRW

Erstausgabe · Winter 2018/19

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw
Tel.: 0211 – 884 4572
Fax: 0211 – 884 3182
www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P.: Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Autoren: Roger Beckamp, Dr. Christian Blex,
Iris Dworeck-Danielowski, Andreas Keith,
Christian Loose, Thomas Röckemann, Helmut Seifen,
Herbert Strotebeck, Sven W. Tritschler,
Dr. Martin Vincentz, Nic Vogel, Svetlana Volkova,
Markus Wagner, Gabriele Wälger-Demolsky

Bild- und Grafiknachweise

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Ausgenommen:

Seite 9: <https://de.depositphotos.com>, ID: 58324295, albund
Seite 10: <https://de.depositphotos.com>, ID: 183838016, MichaelBrin
Seite 11: <https://www.istockphoto.com/de>, Stock-Fotografie, ID: 966826830, metamorworks
Seite 18: <https://www.istockphoto.com/de>, Stock-Fotografie, ID: 489633918, JannHuizenga
Seite 20: <https://de.depositphotos.com>, ID: 25257363, jukai5
Seite 20/21: <https://de.depositphotos.com>, ID: 4925221, BIG_TAU
Seite 22/23: Svetlana Volkova
Seite 24: picture alliance/dpa, Bild-Nr.: 19323144, Jonathan Brady
Seite 25: <https://www.istockphoto.com/de>, Stock-Fotografie, ID: 1023245656, sharrocks
Seite 26/27: <https://stock.adobe.com/de/>, ID: 13680181, Dirk Redeker

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage
20.000

BLICKWINKEL

Rechtliche Hinweise

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwangsläufig die Meinung der Herausgeberin wieder. Der Inhalt dieses Druckerzeugnisses wurde sorgfältig ausgewählt und geprüft. Wir geben keine Garantie auf Richtigkeit/Vollständigkeit der Inhalte und haften nicht für Personen-, Sach- und/oder Vermögensschäden.

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Artikel – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung der Herausgeberin. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.



